

Grenzüberschreitende institutionalisierte Zusammenarbeit von der Antike bis in die Gegenwart. Strukturen und Prozesse

Veranstalter: AG Internationale Geschichte, Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Kulturwissenschaftlichen Institut (KWI) Essen

Datum, Ort: 16.03.2017–17.03.2017, Essen

Bericht von: Jonas Krüning, Universität Düsseldorf

Vom 16.-17. März 2017 fand in Zusammenarbeit mit dem Kulturwissenschaftlichen Institut (KWI) in Essen die zweite Jahrestagung der AG Internationale Geschichte im Deutschen Historikerverband statt. Sie widmete sich der epochenübergreifenden Analyse grenzüberschreitender Zusammenarbeit. HENNING TÜRK (Potsdam) und CLAUDIA HIEPEL (Essen) führten zunächst in das Tagungsthema ein. Sie verdeutlichten, dass die Tagung mit dem weit gefassten Titel versuchen möchte, den Blick der Internationalen Geschichte auf die sogenannte „Vormoderne“ zu erweitern. Um eine gemeinsame Sichtweise auf grenzüberschreitende institutionalisierte Zusammenarbeit über die Epochen hinweg zu ermöglichen, rekurrten sie auf den politikwissenschaftlichen Governance-Ansatz. Dieser nimmt vor allem Strukturen und Prozesse der Zusammenarbeit in den Blick. Für Historiker sind dabei insbesondere drei Aspekte des Governance-Ansatzes interessant: die gleichberechtigte Analyse von gesellschaftlichen und politischen Akteuren, die Betrachtung von formellen und informellen Organisationsstrukturen und der Wandel der Zusammenarbeit im Laufe der Zeit. Diese Grundprinzipien dienten als roter Faden für die Inhalte und Diskussionen der einzelnen Beiträge.

In der ersten Sektion standen der Auf- und Abbau von Grenzen im Mittelpunkt. Sie wurde eröffnet von SASKIA GEISLER (Bochum) mit einem Beitrag über die finnisch-sowjetische Zusammenarbeit zur Erzförderung in Kostamus in den 1970er- und 1980er-Jahren. Während es hier gemeinsame wirtschaftliche Interessen zwischen beiden Ländern gab, standen ihre politischen Konzeptionen im Konflikt. Saskia Geisler unter-

strich in ihren Ausführungen, dass vor allem informelle Kontakte zwischen den einzelnen Arbeitergruppen die Zusammenarbeit in Kostamus stabilisiert hatten. Als Beispiel für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa bezog sich CLAUDIA HIEPEL (Duisburg-Essen) auf die „Euregio Rhein-Ems-Ijssel“, die Ende der 1950er-Jahre im deutsch-niederländischen Grenzraum ins Leben gerufen worden war. Sie besaß Modellcharakter für zahlreiche weitere Euregios an den Binnengrenzen der Europäischen Gemeinschaft. Entscheidend war, dass auf Initiative gesellschaftlicher Akteure die bestehenden politischen Grenzen relativiert wurden. Die neuen zivilgesellschaftlichen Strukturen wurden dann im Rahmen der Euregio institutionalisiert.

In der zweiten Sektion ging es um die Frage, wie die Institutionalisierung von grenzüberschreitenden Beziehungen zur Konfliktregulierung genutzt wurde. SEBASTIAN SCHARFF (Mannheim) untersuchte unter dieser Frage die delphische Amphiktyonie, einen Verband von Städten im antiken Griechenland um das Apollonheiligtum von Delphi. Dieser Zusammenschluss beruhte unter anderem auf rudimentären, dafür aber verbindlichen Regelungen, die im Konfliktfall zwischen Mitgliedern der Amphiktyonie Anwendung finden sollten. Um Überlegungen zum Aufbau einer institutionalisierten grenzüberschreitenden Kooperation im Spätmittelalter ging es im Beitrag von MAGDA SCHUSTEROVÁ (Osnabrück). In ihren Ausführungen bezog sie sich auf den Vorschlag des böhmischen Königs Georg von Podiebrad zur Gründung einer „Fürstenliga“. Dieser geplante Zusammenschluss europäischer Fürsten und Souveräne des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation sollte auf Regeln und Prinzipien basieren, die im europäischen Raum von den unterschiedlichsten „innerstaatlichen“ Gebilden (z.B. den Landfriedensbünden), bereits seit Langem benutzt wurden. Mit seinem Vorschlag wollte der böhmische König vor allem die drohende Gefahr eines Kreuzzuges gegen sein vom Hussitismus geprägtes Königreich abwenden. Dass informelle Strukturen und Kooperationen vor allem für die Geschichte des Europäischen Parlaments

(1952-1979) eine große Rolle spielten, zeigte MECHTHILD HERZOG (Luxemburg). Auch wenn sie in den 1950er- und 1960er-Jahren rechtlich nur schwach institutionalisiert war, spielte die parlamentarische Versammlung aufgrund ihres selbstbewussten Agierens auf informeller Basis eine wichtige Rolle in der politischen Entscheidungsfindung von Montangemeinschaft und EWG. Auf die Rolle staatlicher und nicht-staatlicher Akteure bei der internationalen Zusammenarbeit der Industrieländer im Bereich der Energiepolitik seit den 1970er-Jahren konzentrierte sich HENNING TÜRK (Potsdam). Im Zuge der Ölkrise von 1973/74 veränderte sich die energiepolitische Zusammenarbeit deutlich. Diese war bis dahin in der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) organisiert und wurde nach der Ölkrise mit der Gründung der Internationalen Energie-Agentur (IEA) im November 1974 intensiviert. Damit einhergehend änderten sich die formalen Strukturen der Zusammenarbeit. Die Gründung der IEA ist allerdings nicht nur als Antwort auf die Herausforderungen durch die OPEC zu sehen, sondern diente auch der Einhegung von Konflikten innerhalb der Industrieländer.

Die dritte Sektion der Tagung war grenzüberschreitenden Infrastrukturen und ihrer politisch-gesellschaftlichen Bedeutung gewidmet. CHRISTIAN HENRICH-FRANKE (Siegen) stellte sich in seinem Beitrag die Frage, wie sich Organisationen, Institutionen, Entscheidungsverfahren und inhaltliche Regulierungen an die Veränderung von Grenzen und den Wandel von Staatlichkeit anpassen und ob sich grenzüberschreitende Kooperationen in diesem Fall auflösen oder in neue Strukturen integrieren. Als historisches Beispiel wählte er die Arbeit des Vereins der deutschen Eisenbahnverwaltungen, der sich nach der Reichsgründung 1871 zum „Verein mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen“ entwickelte und damit zum Vorbild für den „Internationalen Eisenbahnverband“ wurde. Mit Blick auf die Frage nach dem Herstellungsprozess von Vertrauen und dem Entstehen von Misstrauen bei grenzüberschreitender institutionalisierter Kooperation lieferte NICOLA JAHN (Hamburg) interessante Einblicke in ihre aktuellen Forschun-

gen zur Deutsch-Niederländischen Telegraphengesellschaft. Über den staatlich initiierten und subventionierten privatwirtschaftlichen Ausbau des Telegraphennetzes im indopazifischen Raum versuchten beide Länder zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihren Einflussbereich in dieser Region auszudehnen. SABRINA KIRSCHNER (München) setzte sich entgegen der dominierenden eurozentrischen Sichtweise von transnationaler Kooperation mit der überregionalen und institutionalisierten Zusammenarbeit in Südamerika im Bereich des Umweltmanagements auseinander. Konkret behandelte sie in ihrem Vortrag Maßnahmen gegen die Gewässerverschmutzung in São Paulo (Brasilien) in den 1960er- und 1970er-Jahren. Zur Lösung der Umweltprobleme bemühte sich São Paulo initiativ in Kooperation mit den Regierungen des Bundestaats São Paulo und Brasiliens um die Bildung eines Netzwerks verschiedener Akteure. Insbesondere das von der „World Bank“ unterstützte „Water Supply and Pollution Control Project“ speziell für São Paulo unterstreicht den Versuch einer globalen Kooperation im Kampf um die Gewässerverschmutzung vor Ort.

Ein Sonderfall grenzüberschreitender Kooperation sind ökonomische Beziehungen, die in der vierten Sektion untersucht wurden. Am Beispiel der Internationalen Finanzkommission (IFK) für Griechenland im 19. Jahrhundert und der gegenwärtig in Griechenland agierenden „Troika“ aus Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank untersuchte KORINNA SCHÖNHÄRL (Duisburg-Essen/München) Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der grenzüberschreitenden und international organisierten Schuldenverwaltung im 19. und 21. Jahrhundert. Gemeinsamkeiten der internationalen Kooperationen lassen sich in der Entstehungssituation, ihrer formellen Struktur, den Zielsetzungen, potentiellen Konflikten und Lösungsstrategien erkennen. In beiden Fällen war zudem ein erheblicher Verlust an nationaler Souveränität für den Mittelmeerstaat damit verbunden. In der Konsequenz ähnlich, in den Ursachen jedoch grundverschieden war die Politik des Kleinstaates Liechtenstein, die von MARTINA SOCHIN-D'ELIA

(Liechtenstein) untersucht wurde. Aufgrund seiner geographischen Lage und seiner geringen Größe suchte das Fürstentum in seiner Geschichte immer wieder die Angliederung an umfassendere wirtschaftliche und politische Gebilde, um die eigene Wirtschaft zu fördern. Nach der Aufkündigung des „österreichisch-liechtensteinischen Zoll- und Steuervertrags“ 1919 und der zeitlich kurzen Eigenständigkeit als selbständiges Zollgebiet, schloss der Staat im Rahmen von Verhandlungen zwischen 1920-1924 den „schweizerisch-liechtensteinischen Zollanschlussvertrag“. Über diesen noch immer bestehenden Vertrag wurden in den vergangenen 90 Jahren grenzüberschreitende Zusammenarbeiten im Bereich der Wirtschaft (Währungs- und Zollunion) sowie der fremdenpolizeilichen Grenzkontrollen geschaffen. Dadurch verzichtete Liechtenstein freiwillig auf einen Teil seiner Souveränität. Anders gelagert waren die Probleme und Lösungsstrategien im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Vormoderne, wie KILIAN BAUR (Ingolstadt) in seinem Beitrag über Handlungsspielräume einzelner Personen in den ‚hansischen Außenbeziehungen‘ zeigte. Die Forschung ist sich einig, dass die Vergabe von Privilegien durch „ausländische“ Herrscher (Zar von Russland, König von Frankreich), wie z.B. eigene Gerichtsbarkeit oder Zollerleichterungen, entscheidend für das Agieren der Kaufleute und Händler innerhalb der Hanse war. Dennoch standen durchaus Alternativen zur Verfügung, wenn Rechte verletzt wurden oder Interessen durchgesetzt werden sollten. Eine wichtige historische Quelle sind hierbei die Zuversichtsbriefe. In diesen beglaubigte der ausstellende städtische Rat dem Begünstigten die Berechtigung seiner Forderungen und bat den empfangenden Rat um Unterstützung bei der Befriedigung der Forderungen seines Bürgers. Über dieses zentrale Medium in der städte- und grenzüberschreitenden Kommunikation konnten somit überregionale Kooperationen auf individueller und institutioneller Ebene organisiert werden.

Grenzüberschreitende Expertennetzwerke standen im Zentrum der fünften Sektion. PHILLIP WAGNER (Bielefeld) beschäftigte sich in diesem Zusammenhang mit der Inter-

national Federation for Housing and Town Planning. Dieser 1913 in London gegründete internationale Verband der Stadtplaner war nach dem Ersten Weltkrieg von großen Spannungen geprägt, da seine Mitglieder unterschiedlichen politischen Ideologien anhängen. Vor allem durch eine stärkere Formalisierung der Zusammenarbeit und die Berufung auf ein vermeintlich „unpolitisches“ Expertentum versuchte der Verband im „Zeitalter der Extreme“, eine Kooperation der Akteure mit unterschiedlichen ideologischen Ansichten aufrechtzuerhalten. JONATHAN VOGES (Hannover) beschäftigte sich mit der Rolle Intellektueller und ihres Engagements in der internationalen Zusammenarbeit nach dem Ersten Weltkrieg. Albert Einstein und Paul Valéry waren beispielsweise zwei Intellektuelle, die im Rahmen der vom Völkerbund eingesetzten Internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit eine Kooperation auf wissenschaftlich-kulturellem Gebiet fördern wollten. Im Zentrum der Kommissionsarbeit standen Fragen der universitären Zusammenarbeit, der Vereinheitlichung wissenschaftlicher Termini oder der Erziehung im Sinne der Ideale des Völkerbunds. Im Vortrag wurde deutlich, dass die Arbeit in der Kommission durch Personalwechsel von zunehmenden Spannungen zwischen einem internationalistischen Anspruch der Kommission und einem nationalistischen Agieren der Mitglieder geprägt war. Trotz dieses Spannungsverhältnisses konnte die Kommission zahlreiche wichtige Projekte zum Abschluss bringen. Ein anderes Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit staatlicher und nicht-staatlicher Akteure gab SONJA DOLINSEK (Erfurt) in ihrem Vortrag über die Bekämpfung des „Frauenhandels“. Ende des 19. Jahrhunderts kristallisierte sich ein Netzwerk von Regierungsvertretern, Bürokraten, Wissenschaftlern und Journalisten heraus, welche sich gemeinsam der Aufdeckung und Bekämpfung des „Mädchenhandels“ widmeten. Dolinsek konzentriert sich in ihren Forschungen auf jene Gruppe von Akteuren, die sich auch als „transnational advocacy networks“ (Keck/ Sikkink) bezeichnen lassen. Das Netzwerk schuf grenzüberschreitende rechtliche Rahmenbedingungen, aus denen sich transnationale Kooperationen (z.B. zwi-

schen Polizeibehörden und Regierungen) im Kampf gegen den „Mädchenhandel“ zwischen 1904-1949 entwickelten. Im letzten Vortrag der Tagung analysierte BRAM FAU-CONNIER (Mannheim) die überregionale Kooperation im antiken Römischen Reich am Beispiel der Athleten. Um ihre grenzüberschreitende Arbeit zu erleichtern, schlossen sie sich zu Verbänden zusammen, ernannten Repräsentanten und vernetzten sich mit lokalen Statthaltern und einflussreichen Persönlichkeiten. Auf diese Weise konnten die Verbände eine Reihe von Privilegien für ihre Mitglieder aushandeln, wie z.B. Steuerfreiheit. Zudem gewährten sie ihren Mitgliedern medizinische Unterstützung oder berieten sie in rechtlichen Fragen. Die Verbände besaßen ihre Zentrale in der Hauptstadt Rom, von wo aus sie Anweisungen an lokale Abteilungen der Verbände erließen. Charakteristisch für diese Art von Kooperation ist das Zusammenspiel von formellen und informellen Strukturen, wodurch die Interessensgemeinschaften sowohl wirtschaftliche Vorteile als auch politischen Einfluss gewinnen konnten.

In der Schlussdiskussion fassten GUIDO THIEMEYER (Düsseldorf) und CHRISTIAN HENRICH-FRANKE (Siegen) zentrale Aspekte aus den vorangegangenen Vorträgen zusammen. Insbesondere der Governance-Ansatz habe sich als fruchtbar erwiesen und neue Perspektiven eröffnet. Vor allem zeige er, dass diese Perspektive bei grenzüberschreitenden Kontakten neue Erkenntnisse eröffnete. An den nationalen Grenzen entstanden vielfach eigene gesellschaftliche und politische Regime, die mit den inneren Regimen der Staaten ebenso wie mit dem internationalen System eng verknüpft waren, gleichwohl aber eine eigene Dynamik entwickelten. Diese eigentümliche Struktur und Dynamik gelte es genauer ins Auge zu fassen. Hierbei sollte es auch um eine Systematisierung der grenzüberschreitenden Kooperation gehen. In welchem Zusammenhang stehen staatliche und nichtstaatliche Akteure bei grenzüberschreitenden Kontakten? Gibt es idealtypische Prozesse bei der Institutionalisierung von gesellschaftlich-kultureller Kooperation über Grenzen hinweg? Lassen sich dabei epochenübergreifende Zusammenhänge erkennen? Hier bieten sich vielfältige An-

knüpfungspunkte für die geplante Publikation und die zukünftige Forschung.

Konferenzübersicht:

Claudia Hiepel (Essen) / Henning Türk (Potsdam): Begrüßung und Eröffnung

Sektion I: Aufbau und Rückbau von Grenzen
Moderation: Dominik Geppert (Bonn)

Saskia Geisler (Bochum): Finnische Bauprojekte in der Sowjetunion. Der Spezialfall Kostamus und seine langfristigen Folgen

Claudia Hiepel (Duisburg-Essen): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa am Beispiel der Euregios im deutsch-niederländischen Grenzgebiet

Sektion II: Institutionalisierung als Konfliktregulierung

Moderation: Christian Henrich-Franke (Siegen)

Sebastian Scharff (Mannheim): Die delphische Amphiktyonie als völkerrechtliche Innovation und institutionelles Experiment

Magda Schusterová (Osnabrück): Der erste Versuch eines institutionalisierten Europas – ein etwas anderer Blick auf die Friedensliga des böhmischen Königs Georg von Podiebrad

Mechthild Herzog (Luxemburg): Die informelle Entwicklung einer supranationalen Co-Legislative. Das selbstbewusste Agieren des Europäischen Parlaments 1952-1979

Henning Türk (Potsdam): Die Verhinderung zukünftiger Konflikte durch Institutionen. Die Gründung der Internationalen Energieagentur (IEA) 1974 im Kontext der ersten Ölkrise

Sektion III: Infrastrukturen

Moderation: Guido Thiemeyer (Düsseldorf)

Christian Henrich-Franke (Siegen): Grenzüberschreitende institutionalisierte Zusammenarbeit und der Verlust der Grenze

Nicola Jahn (Hamburg): Vertrauensbildung im Gründungsprozess einer Public-private-Partnership. Das Beispiel der Deutsch-Niederländischen Telegraphengesellschaft 1901-1905

Sabrina Kirschner (München): Grenz-

überschreitende institutionalisierte
(Entwicklungs)-zusammenarbeit im urbanen
Umweltmanagement: Erste Maßnahmen
gegen Gewässerverschmutzung in Sao Paulo
in den 1960er- und 1970er-Jahren

Sektion IV: Institutionalisierung ökonomischer Beziehungen

Moderation: Peter Hoeres (Würzburg)

Korinna Schönhärl (Duisburg-Essen / München): Die Internationale Finanzkommission für Griechenland im 19. Jahrhundert – Vorläuferin der „Troika“?

Martina Sochin-D'Elia (Liechtenstein): Die (Teil-)Aufgabe der eigenstaatlichen Souveränität zum Wohle der Wirtschaft? Der schweizerisch-liechtensteinische Zollanschlussvertrag

Kilian Baur (Ingolstadt): Handlungsspielräume einzelner Personen in den „hansischen Außenbeziehungen“

Sektion V: Transnationale Expertenkooperationen

Moderation: Friedrich Jäger (Essen)

Phillip Wagner (Bielefeld): Expertennationalismus im „Zeitalter der Extreme“. Die International Federation for Housing and Town Planning um 1930

Jonathan Voges (Hannover): Eine Internationale der „Geistesarbeiter“? Institutionalisierte intellektuelle Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes

Sonja Dolinsek (Erfurt): Transnationale Advokatennetzwerke und die grenzüberschreitende Bekämpfung des „Frauenhandels“ im 20. Jahrhundert

Bram Fauconnier (Mannheim): Ecumenical synods. The transregional workings of associations of competitors in the Roman Empire

Tagungsbericht *Grenzüberschreitende institutionalisierte Zusammenarbeit von der Antike bis in die Gegenwart. Strukturen und Prozesse*. 16.03.2017–17.03.2017, Essen, in: H-Soz-Kult 28.07.2017.